

Berufsordnung

der Psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychologischen Psychotherapeuten und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten im Lande Bremen

Aufgrund des § 22 Abs. 1 Nr. 1 in Verbindung mit § 26 Abs. 2 und § 30 des Heilberufsgesetzes in der Fassung vom 15. April 2005 (Brem.GBl. S. 149), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 30. Mai 2006 (Brem.GBl. S. 271) hat die Kammerversammlung der Psychotherapeutenkammer Bremen am 28. November 2006 folgende Berufsordnung beschlossen:

Präambel

Diese Berufsordnung gibt den Psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychologischen Psychotherapeuten und den Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten* im Lande Bremen Vorgaben für ein berufsrechtlich und berufsethisch regelgerechtes Verhalten. Zugleich vermittelt sie den Nutzern der Dienstleistungen, die von Angehörigen dieser beiden Berufe angeboten werden, Informationen über eine angemessene Berufsausübung.

Psychotherapeuten erbringen Dienstleistungen auf der Grundlage ihrer fachlichen Qualifikation in persönlicher und eigenverantwortlicher Weise.

Ein wesentliches Element psychotherapeutischer Tätigkeit ist die verantwortliche Gestaltung der beruflichen Beziehung zwischen Psychotherapeuten und Patienten durch den Psychotherapeuten. Die in der vorliegenden Berufsordnung enthaltenen Regelungen verfolgen das Ziel, die kritische Auseinandersetzung von Psychotherapeuten mit der eigenen ethischen Haltung zu fördern.

Psychotherapeuten sind sich ihrer vielfältigen Einflussmöglichkeiten bewusst und achten die Würde und Integrität des Menschen. Sie handeln auf der Grundlage der ethischen Grundsätze, wie sie sich aus den allgemeinen Menschenrechten gemäß der Charta der Vereinten Nationen ergeben. Ihr Verhalten soll darauf abzielen, Schaden von den Menschen, die sich ihnen anvertrauen, deren Angehörigen, dem eigenen Berufsstand und der Gesellschaft abzuwenden.

Die Berufsordnung dient dem Ziel

- das Vertrauen zwischen Psychotherapeuten und ihren Patienten zu fördern,
- den Schutz der Patienten zu sichern,

- die Qualität der psychotherapeutischen Tätigkeit im Interesse der Gesundheit der Bevölkerung sicherzustellen,
- die freie Berufsausübung zu sichern,
- das Ansehen des Berufsstandes zu wahren und zu fördern und
- berufswürdiges Verhalten zu sichern und berufsunwürdiges Verhalten zu verhindern.

§ 1

Geltung der Berufsordnung

Diese Berufsordnung gilt für alle Mitglieder der Psychotherapeutenkammer Bremen und für alle Psychotherapeuten, die im Lande Bremen ihren Beruf ausüben. Diese Berufsordnung regelt verbindlich das berufsbezogene Verhalten. Gesetzliche Bestimmungen bleiben hiervon unberührt.

§ 2

Berufsbezeichnung und Titelführung

(1) Wer unter der Berufsbezeichnung Psychologische Psychotherapeutin beziehungsweise Psychologischer Psychotherapeut oder Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin beziehungsweise Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut seinen Beruf ausüben will, bedarf der Approbation gemäß den Bestimmungen des Gesetzes über die Berufe des Psychologischen Psychotherapeuten und des Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (Psychotherapeutengesetz - PsychThG). Zulässige Berufsbezeichnungen sind nach § 1 Absatz 1 PsychThG „Psychologische Psychotherapeutin“ oder „Psychologischer Psychotherapeut“, „Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin“ oder „Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut“ sowie „Psychotherapeutin“ oder „Psychotherapeut“. Die genannten Berufsbezeichnungen sind gesetzlich geschützt.

(2) Als zusätzliche Bezeichnung kann der Berufsbezeichnung das Psychotherapieverfahren beigefügt werden, das Gegenstand der vertieften Ausbildung und der Prüfung nach der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Psychologische Psychotherapeuten oder der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten war oder gemäß § 12 PsychThG zur Approbation führte.

(3) Regelungen zur Führung von Weiterbildungs- und Zusatzbezeichnungen bleiben einer gesonderten satzungsrechtlichen Regelung der Kammer vorbehalten.

**In dieser Berufsordnung steht die Bezeichnung Psychotherapeut sowohl für Psychologische Psychotherapeuten als auch für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten. Soweit die männliche Form benutzt wird, gilt sie in gleicher Weise für weibliche Personen. Soweit in dieser Berufsordnung das Wort Patient benutzt wird, gilt es sinngemäß auch für andere Nutzer der Dienstleistungen von Psychotherapeuten.*

(4) Qualifikationen und Tätigkeitsschwerpunkte dürfen angegeben werden, sofern dies in angemessener Form erfolgt und nicht irreführend ist. Die Voraussetzungen für derartige Angaben sind der Kammer auf Verlangen nachzuweisen. Die Angabe eines Tätigkeitsschwerpunktes setzt eine nachhaltige Beschäftigung in diesem Bereich voraus und muss mit dem Zusatz „Tätigkeitsschwerpunkt“ erfolgen.

(5) Neben den berufsbezogenen akademischen Graden und Titeln dürfen auch nicht berufsbezogene geführt werden; dabei soll die Fachrichtung erkennbar sein.

§ 3 Berufliche Aufgaben

(1) Psychotherapeuten üben die Heilkunde unter Berücksichtigung der aktuellen wissenschaftlichen Standards aus mit dem Ziel, Krankheiten vorzubeugen und zu heilen, Gesundheit zu fördern und zu erhalten sowie Leiden zu lindern.

(2) Wesentliche Aufgaben der Psychotherapeuten liegen in der Anwendung und Weiterentwicklung wissenschaftlich begründeter psychotherapeutischer Methoden und Verfahren. Dabei wird Psychotherapie in ihren unterschiedlichen Indikationen und Anwendungsformen zur Feststellung und Behandlung manifester psychischer und psychosomatischer Störungen und Erkrankungen, zur Gesundheitsförderung, Prävention und Rehabilitation sowie zur Behandlung körperlicher Erkrankungen eingesetzt.

(3) Psychotherapeuten wenden darüber hinaus ihre psychotherapeutischen Kenntnisse und Fähigkeiten insbesondere an in der Beratung von einzelnen, Gruppen und Organisationen, in der Aus-, Fort- und Weiterbildung, in der Lehre und Forschung, in öffentlichen Vorträgen, im Medienbereich und in der Gestaltung des Gesundheitswesens.

§ 4 Kompetenz und Verantwortung

(1) Psychotherapeuten sind verpflichtet, ihren Beruf gewissenhaft auszuüben und sich des ihnen im Zusammenhang mit dem Beruf entgegengebrachten Vertrauens würdig zu erweisen. Sie tragen die Verantwortung für ihr berufliches Handeln, unabhängig davon, ob diese Tätigkeit selbständig oder im Rahmen eines Arbeits- oder Dienstverhältnisses ausgeübt wird. Sie haben für die Qualität ihrer Berufsarbeit Sorge zu tragen. Sie sind verpflichtet, ihre Kompetenz durch regelmäßige Fortbildungen zu erhalten und zu erweitern und geeignete Maßnahmen zur Überprüfung und Sicherung ihrer beruflichen und persönlichen Befähigung zu treffen.

(2) Psychotherapeuten sind verpflichtet, sich hinreichend gegen Haftpflichtansprüche aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit zu versichern und dies gegenüber der Kammer zu erklären. Sie sind verpflichtet, sich über die für die Berufsausübung jeweils geltenden Vorschriften zu unterrichten.

§ 5 Schweigepflicht

(1) Psychotherapeuten sind zur Verschwiegenheit über Behandlungsverhältnisse verpflichtet und über das, was ihnen im Zusammenhang mit ihrer beruflichen Tätigkeit durch und über Patienten und Dritte anvertraut und bekannt geworden ist. Dies gilt auch über den Tod der betreffenden Personen

hinaus.

(2) Psychotherapeuten sind zur Offenbarung nur befugt, soweit sie entweder von der Schweigepflicht entbunden worden sind oder soweit dies zur Wahrung eines gegenüber der Schweigepflicht höherwertigen Rechtsgutes erforderlich ist. Auch in diesem Fall haben sie, soweit sie zur Offenbarung nicht gesetzlich verpflichtet sind, über die Weitergabe von Informationen unter Berücksichtigung der Folgen für den Patienten zu entscheiden. Soweit gesetzliche Vorschriften die Schweigepflicht einschränken, ist der Patient davon zu unterrichten. Diese Pflichten gelten auch über den Tod des Patienten hinaus.

(3) Gefährdet ein Patient sich selbst oder andere oder wird er gefährdet, so haben Psychotherapeuten zwischen Schweigepflicht, Schutz des Patienten, Schutz eines Dritten bzw. dem Allgemeinwohl abzuwägen und gegebenenfalls Maßnahmen zum Schutz des Patienten oder Dritter zu ergreifen.

(4) Mitarbeiter und Auszubildende sind über die Schweigepflicht zu belehren. Dies ist schriftlich festzuhalten. Die Schweigepflicht besteht grundsätzlich auch gegenüber Vorgesetzten. Wenn mehrere Psychotherapeuten gleichzeitig oder nacheinander denselben Patienten behandeln, so sind sie untereinander von der Schweigepflicht insoweit befreit, als die Einwilligung des Patienten bzw. Erziehungsberechtigten vorliegt oder anzunehmen ist. Schweigepflichtentbindungen sollen schriftlich niedergelegt werden.

(5) Im Rahmen kollegialer Beratung, Intervention, Supervision oder zum Zwecke der wissenschaftlichen Forschung und Lehre dürfen Informationen über Patienten und Dritte nur in anonymisierter Form im Sinne des Bundesdatenschutzgesetzes verwendet werden. Die Anonymisierung muss sicherstellen, dass keine Rückschlüsse auf die Person des Patienten erfolgen können. Kann diese Anonymisierung nicht gewährleistet werden, ist die Weitergabe von Informationen nur mit vorausgegangener ausdrücklicher Entbindung von der Schweigepflicht zulässig.

(6) Ton- und Bildaufnahmen psychotherapeutischer Tätigkeit bedürfen der vorherigen Einwilligung des Patienten. Ihre Verwendung unterliegt der Schweigepflicht. Die Patienten sind über das Recht zu informieren, eine Löschung zu verlangen.

(7) In allen Fällen der Unterrichtung Dritter nach den Absätzen (2) bis (6) haben sich Psychotherapeuten auf das im Einzelfall erforderliche Maß an Informationen zu beschränken.

§ 6 Dokumentations- und Aufbewahrungspflicht

(1) Psychotherapeuten sind verpflichtet, ihre Tätigkeit angemessen zu dokumentieren.

(2) Behandlungsaufzeichnungen sind 10 Jahre nach Abschluss der Behandlung aufzubewahren, soweit sich nicht aus anderen Vorschriften eine längere Aufbewahrungsdauer ergibt.

§ 7 Datenschutz

Psychotherapeuten haben für ihre Aufzeichnungen, insbesondere auch für solche auf elektronischen Datenträgern und

anderen Speichermedien, unter Beachtung der Grundsätze der Datensicherung die Sicherungs- und Schutzmaßnahmen zu treffen, die erforderlich sind, um die unrechtmäßige Verwendung, Veränderung oder Vernichtung der Daten zu verhindern und die Einhaltung der Schweigepflicht und den Datenschutz zu gewährleisten.

§ 8 Akteneinsicht

Psychotherapeuten haben ihren Patienten auf deren Verlangen Einsicht in die sie betreffenden Unterlagen und Aufzeichnungen, soweit es sich um objektive Daten handelt, zu gewähren. Sie können die Einsichtnahme unter Angabe der Gründe verwehren, wenn sie dadurch den Patienten gesundheitlich erheblich gefährdet sehen. Aufzeichnungen über subjektive Eindrücke oder Wahrnehmungen der Psychotherapeuten, so genannte subjektive Daten, oder von Dritten sind nur mit Einverständnis des Psychotherapeuten oder des Dritten einsichtsfähig.

§ 9 Berichte und Bescheinigungen

Bei der Abfassung psychotherapeutischer Berichte und Bescheinigungen haben Psychotherapeuten mit der größtmöglichen sachlichen und wissenschaftlichen Fundiertheit und notwendigen Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit zu verfahren. Sie haben diese form- und fristgerecht zu erstellen.

§ 10 Aufklärungs- und Sorgfaltspflicht

(1) Psychotherapeuten dürfen weder das Vertrauen, die Unwissenheit, die Leichtgläubigkeit, die Hilflosigkeit oder eine wirtschaftliche Notlage der Patienten ausnutzen, noch unangemessene Versprechungen oder Entmutigungen in Bezug auf den Heilerfolg machen.

(2) Zu Beginn einer psychotherapeutischen Behandlung hat in der Regel eine diagnostische Abklärung unter Einbeziehung anamnestischer Erhebungen zu erfolgen. Dabei sind, soweit erforderlich und möglich, Befundberichte Dritter zu berücksichtigen. Indikationsstellung und Erstellung eines Gesamtbehandlungsplans haben unter Berücksichtigung der mit dem Patienten erarbeiteten Behandlungsziele zu erfolgen. Die Patienten sind über die Indikation und die Rahmenbedingungen der Behandlung zu informieren, insbesondere über Schweigepflicht, Honorarregelungen (einschließlich Ausfallregelung), Sitzungsdauer und -frequenz, Untersuchungs- und Behandlungsmethoden, Ablauf der Behandlung, voraussichtliche Dauer der Behandlung und mögliche Behandlungsrisiken.

(3) Jede psychotherapeutische Behandlung bedarf der Einwilligung des Patienten und setzt seine Aufklärung voraus. Andere gesetzliche Bestimmungen bleiben davon unberührt. Die Aufklärung hat in einer sorgfältig auf die Befindlichkeit und Aufnahmefähigkeit des Patienten, bei Kindern und Jugendlichen auch der Eltern und Erziehungsberechtigten, abgestimmten Form und rechtzeitig zu erfolgen.

(4) Das psychotherapeutische Arbeitsbündnis setzt ein besonderes Vertrauensverhältnis und persönlichen Kontakt voraus. Ist ein solches Arbeitsbündnis nicht zu erreichen oder nicht mehr gegeben, so sind Psychotherapeuten berechtigt,

gegebenenfalls verpflichtet, einen Auftrag abzulehnen, weiterzuleiten oder eine Therapie zu beenden. Dem Patienten soll dies verständlich gemacht werden.

(5) Die Übernahme einer zeitlich parallelen oder nachfolgenden Behandlung von Ehegatten, Partnern, Familienmitgliedern oder von in engen privaten und beruflichen Beziehungen zu einem Patienten stehenden Personen ist mit besonderer Sorgfalt zu prüfen.

(6) In Institutionen arbeitende Psychotherapeuten haben darüber hinaus ihre Patienten in angemessener Form über institutionelle Rahmenbedingungen sowie über die Zuständigkeitsbereiche weiterer, an der Behandlung beteiligter Personen zu informieren.

§ 11 Abstinenzgebot

(1) Psychotherapeuten gestalten die Beziehungen zu ihren Patienten professionell. Sie sind sich der besonderen Verantwortung und ihres besonderen Einflusses als Psychotherapeuten gegenüber den Patienten bewusst. Sie dürfen die Beziehungen zu ihren Patienten nur unter dem Aspekt der psychotherapeutischen Erfordernisse gestalten.

(2) Psychotherapeuten dürfen die Vertrauensbeziehung zum Patienten nicht zur Befriedigung eigener Bedürfnisse oder Interessen missbrauchen. Die Tätigkeit von Psychotherapeuten wird ausschließlich durch das vereinbarte Honorar abgegolten. Die Annahme von entgeltlichen oder unentgeltlichen Dienstleistungen im Sinne einer Vorteilsnahme ist unzulässig. Psychotherapeuten dürfen nicht direkt oder indirekt Nutznießer von Geschenken, Zuwendungen, Erbschaften oder Vermächtnissen werden, es sei denn, deren Wert ist geringfügig.

(3) Psychotherapeuten sollen außertherapeutische Kontakte meiden, welche die therapeutische Beziehung stören oder ihre Unabhängigkeit beeinträchtigen können. Unvermeidbare Kontakte sollen so gering wie möglich gehalten werden.

(4) Die abstinente Haltung erstreckt sich auch auf Personen, die einem Patienten nahe stehen, bei Kindern und Jugendlichen insbesondere auf deren Eltern und Sorgeberechtigte.

(5) Sexuelle Kontakte zwischen Psychotherapeuten und Patienten sind unzulässig.

(6) Das Abstinenzgebot gilt auch für die Zeit nach Beendigung der Psychotherapie, solange noch eine Behandlungsnotwendigkeit oder eine Abhängigkeitsbeziehung des Patienten zum Psychotherapeuten gegeben ist. Die Verantwortung für ein berufsethisch einwandfreies Vorgehen trägt allein der behandelnde Psychotherapeut. Bevor private Kontakte aufgenommen werden, ist mindestens ein zeitlicher Abstand von einem Jahr einzuhalten.

§ 12 Umgang mit minderjährigen Patienten

(1) Bei minderjährigen Patienten haben Psychotherapeuten ihre Entscheidung, eine psychotherapeutische Behandlung anzubieten, unter sorgfältiger Berücksichtigung der Einstellungen aller Beteiligten zu treffen. Sie haben allen Beteiligten gegenüber eine professionelle Haltung zu wahren.

(2) Einwilligungsfähig in eine psychotherapeutische Behandlung ist ein Minderjähriger nur dann, wenn er über die behandlungsbezogene natürliche Einsichtsfähigkeit verfügt. Verfügt

der Patient nicht über diese Einsichtsfähigkeit, sind die Psychotherapeuten verpflichtet, sich der Einwilligung des oder der Sorgeberechtigten zu der Behandlung zu vergewissern.

(3) Können sich die Sorgeberechtigten nicht einigen, ist die Durchführung einer Behandlung mit dem noch nicht einsichtsfähigen Patienten von einer gerichtlichen Entscheidung abhängig.

(4) Die Einwilligung der Sorgeberechtigten setzt deren umfassende Aufklärung entsprechend § 10 voraus.

(5) Einsichtsfähige minderjährige Patienten sind umfassend gemäß § 10 aufzuklären. Ihre Einwilligung in die Behandlung ist einzuholen.

(6) Psychotherapeuten sind schweigepflichtig sowohl gegenüber dem einsichtsfähigen Patienten als auch gegebenenfalls gegenüber den am therapeutischen Prozess teilnehmenden Bezugspersonen hinsichtlich der von den jeweiligen Personen ihnen anvertrauten Mitteilungen. Es gelten die Ausnahmen entsprechend den Regelungen nach § 5.

§ 13

Umgang mit eingeschränkt einwilligungsfähigen Patienten

(1) Einwilligungsfähig in eine psychotherapeutische Behandlung ist ein Patient, für den ein rechtlicher Vertreter eingesetzt ist, nur dann, wenn er über die behandlungsbezogene natürliche Einsichtsfähigkeit verfügt.

(2) Verfügt der Patient nicht über diese Einsichtsfähigkeit, hat der Psychotherapeut nach entsprechender Aufklärung die Einwilligung des rechtlichen Vertreters einzuholen. Bei Konflikten zwischen gesetzlich eingesetzten Vertretern und Patienten ist der Psychotherapeut verpflichtet, insbesondere auf das Wohl des Patienten zu achten.

(3) Der gesetzlichen Betreuungssituation und den sich daraus ergebenden besonderen Anforderungen an die Indikationsstellung und Durchführung der Behandlung ist Rechnung zu tragen.

§ 14

Honorierung

(1) Psychotherapeuten haben auf eine angemessene Honorierung ihrer Leistungen zu achten. Eine darüber hinaus gehende Honorierung ist unzulässig.

(2) Das Honorar für Psychotherapie ist nach der Gebührenordnung für Psychotherapeuten (GOP) zu erheben, soweit nicht gesetzlich etwas anderes bestimmt ist.

(3) Honorarfragen sind zu Beginn der Psychotherapie mit dem Patienten zu klären. Dieses soll schriftlich festgehalten werden.

(4) In Ausnahmefällen dürfen Psychotherapeuten aus sozialen oder ethischen Gründen ganz oder teilweise auf Honorar verzichten.

(5) Die Annahme oder Zahlung von Entgelt für Zuweisungen von Patienten sind unzulässig.

§ 15

Umgang mit Berufskollegen und Zusammenarbeit mit anderen Berufsgruppen

(1) Psychotherapeuten begegnen ihren Berufskollegen und Angehörigen anderer Berufe mit Respekt, nehmen Rücksicht

auf deren berechnete Interessen und bleiben bei kritischen Stellungnahmen sachlich. In Konkurrenz- und Wettbewerbssituationen achten Psychotherapeuten auf Fairness.

(2) Beschäftigten Psychotherapeuten in ihrer Praxis, in Ambulanzen oder anderen Institutionen des Gesundheitswesens sowie in Ausbildungs- und Forschungsinstituten oder anderen Einrichtungen Mitarbeiter, so haben sie auf angemessene Arbeits- und Vergütungsbedingungen hinzuwirken und Verträge abzuschließen, welche der jeweiligen Tätigkeit entsprechen.

(3) Bei Zusammenarbeit mit Angehörigen anderer Berufsgruppen sind die jeweiligen Tätigkeits- und Verantwortungsgebiete klar erkennbar voneinander zu trennen.

(4) Anfragen von Kollegen und Angehörigen anderer Heilberufe sind zeitnah unter Beachtung von § 5 zu beantworten.

(5) Psychotherapeuten verletzen ihre Pflicht zur Kollegialität nicht, wenn sie die Kammer auf mögliche Verstöße von Berufskollegen gegen die Berufsordnung hinweisen.

§ 16

Delegation

(1) Psychotherapeuten können diagnostische Teilaufgaben sowie behandlungsergänzende Maßnahmen an Dritte delegieren, sofern diese über eine dafür geeignete Qualifikation verfügen und die Patienten eingewilligt haben.

(2) Die Gesamtverantwortung für die delegierten Maßnahmen verbleibt bei dem delegierenden Psychotherapeuten.

(3) Im Falle der Delegation von Maßnahmen sind Psychotherapeuten zur regelmäßigen Kontrolle der delegierten Leistungserbringung verpflichtet.

§ 17

Qualitätssicherung

(1) Psychotherapeuten sind dafür verantwortlich, dass ihre Berufsausübung aktuellen Qualitätsanforderungen entspricht. Hierzu haben sie angemessene qualitätssichernde Maßnahmen zu ergreifen. Dies schließt gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen für Mitarbeiter ein. Psychotherapeuten müssen diese Maßnahmen gegenüber der Kammer nachweisen können.

(2) Psychotherapeuten sorgen dafür, dass sie ihre Arbeitsfähigkeit erhalten, sich körperlich und psychisch nicht überfordern.

§ 18

Fortbildung

Psychotherapeuten, die ihren Beruf ausüben, sind zum Erhalt und zur Weiterentwicklung ihrer beruflichen Fachkenntnisse und ihres beruflichen Könnens verpflichtet. Sie müssen den Umfang ihrer Fortbildung gegenüber der Kammer nachweisen können. Näheres wird in der Fortbildungsordnung geregelt.

§ 19

Ausübung des Berufs in eigener Praxis

(1) Die selbständige Ausübung des Berufes ist grundsätzlich an die Niederlassung in eigener Praxis gebunden, soweit nicht gesetzliche Vorschriften etwas anderes zulassen. Selbständige psychotherapeutische Tätigkeit, die nicht in eigener Praxis

erfolgt, muss in geeigneten Räumen stattfinden. Die Durchführung einzelner therapeutischer Maßnahmen kann auch außerhalb der Praxisräume stattfinden.

(2) Es ist zulässig, über den Praxissitz hinaus an bis zu zwei weiteren Orten psychotherapeutisch tätig zu sein. Dabei hat der Psychotherapeut Vorkehrungen für eine ordnungsgemäße Versorgung an jedem Ort seiner Tätigkeit zu treffen. Orte und Zeitpunkte der Aufnahme psychotherapeutischer Tätigkeiten und jede Veränderung sind der Kammer unverzüglich mitzuteilen.

(3) Psychotherapeuten sind verpflichtet, bei längerer Abwesenheit von der Praxis für eine geeignete Vertretung Sorge zu tragen.

(4) Die Beschäftigung von Praxisassistenten oder von Vertretern, wenn die Vertretung insgesamt länger als drei Monate innerhalb eines Zeitraums von zwölf Monaten andauert, ist der Kammer anzuzeigen.

§ 20 Anforderungen an die Praxen

(1) Räumlichkeiten und Ausstattung der psychotherapeutischen Praxis müssen den besonderen Anforderungen der psychotherapeutischen Berufsausübung genügen. Räumlichkeiten, in denen Psychotherapeuten ihren Beruf ausüben, müssen von ihrem privaten Lebensbereich getrennt sein.

(2) Die Praxis soll für Patientenfragen erreichbar sein, Anfragen sind zeitnah zu beantworten.

§ 21 Zusammenschlüsse zur gemeinsamen Berufsausübung

Psychotherapeuten dürfen sich zur Ausübung ihres Berufes in allen rechtlichen Formen mit anderen Angehörigen ihres Berufsstandes oder Angehörigen anderer Berufsgruppen, die in Gesundheits- oder Beratungsberufen tätig sind, zusammenschließen, wenn die eigenverantwortliche, unabhängige, nicht gewerbliche und selbständige Berufsausübung gewahrt bleibt. Bei allen Formen von Zusammenschlüssen muss die freie Wahl des Psychotherapeuten durch den Patienten gewährleistet bleiben.

§ 22 Werbung und öffentliches Auftreten

(1) Die Ausübung von Psychotherapie in einer Niederlassung soll durch ein Schild angezeigt werden, das die für eine Inanspruchnahme durch Patienten notwendigen Informationen enthält.

(2) Die Verwendung anderer Bezeichnungen als „Praxis“ bedarf der Genehmigung durch die Kammer.

(3) Psychotherapeuten dürfen auf ihre berufliche Tätigkeit werbend hinweisen. Diese Werbung muss sich in Form und Inhalt auf die sachliche Vermittlung des beruflichen Angebots beschränken. Insbesondere anpreisende, vergleichende und irreführende Angaben sind unzulässig. Psychotherapeuten dürfen eine solche Werbung auch durch andere nicht veranlassen oder dulden. Werbeverbote aufgrund anderer gesetzlicher Bestimmungen bleiben unberührt.

(4) Bei öffentlichen Auftritten und Tätigkeiten müssen die fachlichen Aussagen und Handlungen der Psychotherapeuten

sachlich informierend und wissenschaftlich fundiert sein und so gestaltet, dass sie nicht als Ausübung von Psychotherapie missverstanden werden können.

(5) Eine Internetpräsenz muss den gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere den Vorschriften des Teledienstgesetzes (TDG) entsprechen.

(6) Psychotherapeuten dürfen sich in Verzeichnisse eintragen lassen, wenn diese folgenden Anforderungen gerecht werden:

- Sie müssen allen Psychotherapeuten, welche die Kriterien des Verzeichnisses erfüllen, zu denselben Bedingungen mit einem kostenfreien Grundeintrag offen stehen,

- die Eintragungen müssen sich auf die ankündigungsfähigen Informationen beschränken

- und die Systematik muss zwischen den erworbenen Qualifikationen einerseits und den Tätigkeitsschwerpunkten andererseits unterscheiden.

§ 23 Aufgabe der Praxis

(1) Praxisinhaber haben rechtzeitig dafür Sorge zu tragen, dass bei der Beendigung ihrer Tätigkeit, bei Auflösung oder Veräußerung der Praxis – auch für den Todesfall – die Regeln des Datenschutzes gem. § 7 eingehalten werden. Die Beendigung der Praxistätigkeit ist der Kammer anzuzeigen.

(2) Psychotherapeuten können Patientenunterlagen bei Aufgabe oder Übergabe der Praxis grundsätzlich nur mit schriftlicher Einwilligungserklärung der betroffenen Patienten an den Praxisnachfolger übergeben. Soweit eine Einwilligung des Patienten nicht vorliegt, hat der bisherige Praxisinhaber für eine ordnungsgemäße Aufbewahrung und Sicherung der Unterlagen nach § 6 und 7 Sorge zu tragen.

(3) Psychotherapeuten haben dafür Sorge zu tragen, dass bei Praxisübergabe und im Falle eigenen Unvermögens (Krankheit, Tod) ihre Dokumentationen sicher verwahrt und nach Ablauf der Aufbewahrungszeit (§ 6 Abs. 2) unter Beachtung der Datenschutzbestimmungen vernichtet werden.

(4) Ist eine Aufbewahrung bei dem bisherigen Praxisinhaber nicht möglich, kann diese Aufgabe an den Praxisnachfolger übertragen werden, wenn dieser die Unterlagen getrennt von den eigenen Unterlagen unter Verschluss hält.

(5) Der sachliche und ideelle Verkaufswert einer Praxis darf nicht sittenwidrig überhöht festgelegt werden.

§ 24 Ausübung des Berufs in einem Beschäftigungsverhältnis

(1) Psychotherapeuten in einem privatrechtlichen oder öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis dürfen nur Weisungen befolgen, die mit dieser Berufsordnung vereinbar sind oder deren Befolgung sie selbst verantworten können.

(2) Sie dürfen in Bezug auf fachliche Angelegenheiten ihrer Berufsausübung Weisungen von Vorgesetzten nur dann befolgen, wenn diese über entsprechende psychotherapeutische Qualifikationen verfügen.

(3) Psychotherapeuten haben bei der Gestaltung beruflicher Rahmenbedingungen darauf hinzuwirken, dass diese den weisungsgebundenen Berufskollegen die Einhaltung ihrer Berufspflichten ermöglichen.

(4) Psychotherapeuten, die selbständig und in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis tätig sind, haben darauf zu achten, dass

ihnen aus den verschiedenen Tätigkeiten keine Interessenkollisionen erwachsen. Ergeben sich dennoch Interessenkonflikte, so haben sie diese unter vorrangiger Berücksichtigung des Patientenwohls zu lösen.

§ 25

Psychotherapeuten als Lehrende, Ausbilder und Supervisoren

- (1) In Lehre, Ausbildung und Supervision tätige Psychotherapeuten haben die berufsethischen Standards zu vermitteln und in ihrem eigenen Handeln vorbildhaft zu vertreten.
- (2) In der Ausbildung tätige Psychotherapeuten dürfen Abhängigkeiten nicht zur Befriedigung eigener Bedürfnisse und Interessen ausnutzen oder Vorteile daraus ziehen. Die Regelungen zur Abstinenz (§ 11) gelten entsprechend.
- (3) Psychotherapeuten dürfen keine Prüfungen bei Ausbildungsteilnehmern abnehmen, die bei ihnen in Selbsterfahrung oder Lehrtherapie sind oder waren.
- (4) Die Ausbildungsbedingungen müssen für alle Betroffenen transparent und durch schriftlichen Vertrag festgelegt sein.
- (5) Auszubildende sind auf ihren späteren Beruf hin angemessen auszubilden. Die Ausbilder als Angehörige der Kammer weisen auf die Berufsordnung hin und achten auf deren Geltung und Einhaltung.

§ 26

Psychotherapeuten als Gutachter und sachverständige Zeugen

- (1) Psychotherapeuten dürfen sich als Gutachter betätigen, soweit ihre Fachkenntnisse und beruflichen Erfahrungen ausreichen, um die zu untersuchende Frage angemessen beantworten zu können.
- (2) Gutachten sind den fachlichen Standards entsprechend innerhalb angemessener Frist zu erstellen.
- (3) Psychotherapeuten als Gutachter haben bezüglich der Fragestellung dem Auftrag ihrer Auftraggeber zu folgen, die Fragen jedoch nach ihren eigenen fachlichen Erkenntnissen zu beantworten und dabei beruflich angemessene und im Spannungsfeld der Interessen ausgewogene Bewertungen vorzunehmen und deren Kriterien offen zu legen. Ihre Gutachten dürfen keine Gefälligkeitsaussagen enthalten.
- (4) Psychotherapeuten haben vor Übernahme eines Gutachterauftrags ihre gutachterliche Rolle zu verdeutlichen und von einer psychotherapeutischen Behandlungstätigkeit klar abzugrenzen.
- (5) Ein Auftrag zur Begutachtung eigener Patienten, insbesondere im Rahmen eines Gerichtsverfahrens, ist in der Regel abzulehnen. Eine Stellungnahme ist möglich, wenn der Patient auf die Risiken einer möglichen Aussage des Psychotherapeuten hingewiesen wurde und wenn er den Psychotherapeuten diesbezüglich von der Schweigepflicht entbunden hat. Im Falle einer Entbindung von der Schweigepflicht gem. § 53 Abs. 2 Strafprozessordnung (StPO) sind Psychotherapeuten verpflichtet, als sachverständige Zeugen vor Gericht auszusagen. Dabei haben sie darauf zu achten, dass und in welchem Umfang sie vom Patienten von der Schweigepflicht entbunden wurden.
- (6) Für sonstige gesetzliche Bestimmungen, die eine Entbindung von der Schweigepflicht und die Heranziehung des

Psychotherapeuten als Sachverständigen vorsehen, gelten diese Vorschriften entsprechend.

§ 27

Psychotherapeuten in der Forschung

- (1) Psychotherapeuten haben bei der Planung und Durchführung von Studien die in der Deklaration von Helsinki 2000 der World Medical Association (WMA) niedergelegten ethischen Grundsätze zu beachten.
- (2) Die Teilnehmer sind vor Beginn einer Psychotherapiestudie sorgfältig über deren Inhalte, Rahmenbedingungen und mögliche Belastungen sowie Risiken aufzuklären. Diese Information und die Zustimmung zur Teilnahme an der Studie müssen vor Beginn der Durchführung schriftlich niedergelegt sein.
- (3) Bei einer Beteiligung an Forschungsvorhaben, die nicht selbst verantwortet werden, haben Psychotherapeuten in besonderer Weise darauf zu achten, dass die von ihnen eingebrachten Daten nicht missbräuchlich verwendet werden.
- (4) Sofern Behandlungen im Rahmen eines Forschungsvorhabens nicht abgeschlossen werden können, ist dafür Sorge zu tragen, dass Weiterbehandlungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen oder vermittelt werden können.
- (5) Bei der Veröffentlichung von Forschungsergebnissen haben Psychotherapeuten Auftraggeber und Geldgeber der Forschung zu nennen.

§ 28

Pflichten gegenüber der Psychotherapeutenkammer

Psychotherapeuten sind gegenüber der Kammer zur Erfüllung aller Aufgaben verpflichtet, die sich aus Gesetzen, Rechtsverordnungen, Richtlinien, Satzungsnormen und Verträgen ergeben. Sie sind verpflichtet, der Kammer unverzüglich die Angaben mitzuteilen, wie sie im § 5 des bremischen Heilberufsgesetzes niedergelegt sind. Sie haben nach Aufforderung alle Auskünfte zu erteilen und die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, welche diese zur Durchführung ihrer Aufgaben benötigt.

§ 29

Ahndung von Verstößen

Verstöße gegen die Bestimmungen dieser Berufsordnung können berufsrechtliche Verfahren nach dem Heilberufsgesetz des Landes Bremen nach sich ziehen.

§ 30

Inkrafttreten

Die Berufsordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen in Kraft. Gleichzeitig tritt die Berufsordnung der Psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychologischen Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten im Lande Bremen vom 28. Oktober 2003 (Brem.Abl.S. 969) außer Kraft.